

Luftfahrtindustrie fordert bessere Bedingungen

KLOTEN. Die Schweizer Luftfahrtindustrie fordert den Bund auf, international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine Forderung ist die Übernahme der Sicherheitskosten, wie Vertreter der Luftfahrtbranche an einem Kongress erklärten.

Angesichts der starken internationalen Konkurrenz ruft die Luftfahrtbranche nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Hier sei die Politik gefordert, erklärte Paul Kurrus, Präsident von Aerosuisse, dem Dachverband der Schweizer Luftfahrt. Am Flughafen Zürich müsse die deutsche Überflugregelung beseitigt werden.

Zudem seien konkurrenzfähige Kosten nötig. Als Beispiele nannte Kurrus die Abgeltung von Flugsicherungsleistungen der Skyguide im benachbarten Ausland, die Verwendung der Mineralölsteuerzuschläge auf Flugtreibstoffe zu Gunsten der Luftfahrt und vor allem die Übernahme der Sicherheitskosten durch die öffentliche Hand.

Der Bund soll die Sicherheitskosten übernehmen

Die Terrorattacken in New York im September 2001 hätten zu einer Häufung von Sicherheitsauflagen geführt, «die teilweise blödsinnig sind und viel kosten», sagte Josef Felder, Unique-Geschäftsführer sowie Präsident der Vereinigung der Schweizer Landes-

flughäfen.

Im Jahr 2000 betrug die Sicherheitskosten am Flughafen Zürich 75 Millionen Franken. Dieses Jahr sind es 102 Millionen, obwohl das Verkehrsaufkommen um ein Drittel kleiner ist. Felder bemängelte, dass der Bund nicht bereit sei, diese Kosten mitzutragen.

Dass der Gesetzgeber in der Frage der Fluglärmschädigungen untätig bleibe, sei verantwortungslos, sagte Felder weiter. Ausserdem kritisierte er Regierungen – ob national oder kantonal –, welche die Anliegen von Anwohnern rund um einen Flughafen stärker gewichten als die volkswirtschaftlichen Interessen eines Landes.

Die Bedeutung der Luftfahrt entbinde diese nicht, sich der Politik zu stellen, sagte Bundespräsident Moritz Leuenberger am Kongress. Die Luftfahrt sei von der direkten Demokratie abhängig. Tragfähige Lösungen gebe es nur im Austausch mit den Betroffenen.

Die Diskussion um den Fluglärm habe gezeigt, dass gegen die Interessen der Anrainer kein Flughafen betrieben werden kann. Laut Leuenberger gibt es nicht nur Grenzen der politischen Akzeptanz. Trotz Globalisierung spielten auch Landesgrenzen noch eine Rolle. (sda)

